



PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 22. JANUAR 2019



PREISERHÖHUNGEN IN BREMER BÄDERN WERDEN WEITGEHEND AUSGESETZT

Die Erhöhung der Eintrittspreise der Bremer Bäder wird weitgehend ausgesetzt. Einen entsprechenden Antrag hat die Bürgerschaft heute auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen. Zudem hat sie den Senat aufgefordert, eine neue Preisstruktur zu entwickeln und darzulegen, wie Schwimmvereinen und der DLRG ausreichend Kapazitäten und Bahnzeiten für Schwimmern-Kurse und zur Qualifikation von Schwimmlehrern zur Verfügung gestellt werden können.

„Wir haben im vergangenen Dreivierteljahr engagiert und ausführlich über das Thema Schwimmenlernen diskutiert“, erinnerte die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ingelore Rosenkötter, heute in ihrer Rede in der Bürgerschaft. „Als Fachpolitiker sind wir uns einig: Das Ziel muss sein, mehr Menschen – und insbesondere Kinder und Jugendliche – dazu zu bringen, zu Schwimmen oder das Schwimmen zu erlernen.“ Im Dezember sei dann ein ressortübergreifendes Konzept verabschiedet worden, dass dieses Ziel mit einer Vielzahl von Maßnahmen verfolge. „Damit haben wir etwas auf den Weg gebracht, das dringend notwendig war und das weiter verfolgt werden muss“, so die Sozialdemokratin.

Kurz darauf hätten die Bremer Bäder dann allerdings eine Preiserhöhung von im Schnitt 2,5 Prozent angekündigt. Dies sei einerseits nicht überraschend gewesen, da dies einem Beschluss aus dem Jahr 2012 entspreche, der eine entsprechende jährliche Anpassung vorsehe,

räumte Rosenkötter ein. „Andererseits war es aber schon eine Überraschung, weil die zuständige Sportdeputation damit im Vorfeld gar nicht befasst wurde und weil es angesichts der Diskussion um das Schwimmenlernen aus Sicht der SPD-Fraktion ein völlig falsches Signal, gerade in Richtung Familien und Kinder ist.“

SPD und Grüne hätten darauf nun mit ihrem Antrag reagiert, so Rosenkötter weiter. Er fordert den Senat dazu auf, eine neue Preisstruktur zu entwickeln, die die Aspekte der Förderung der Erlangung der Schwimmfähigkeit sowie des Schwimmsports, der Gesundheitsprophylaxe und weitere soziale Belange aufnimmt. Neben einem Konzept, wie Vereinen und DLRG ausreichend Kapazitäten zur

Verfügung gestellt werden können, soll auch ein Bericht zum Sanierungsstau der Bremer Bäder vorgelegt werden. Dies sei im Hinblick auf die Aufstellung der kommenden Haushalte sinnvoll, erklärte Rosenkötter.

Die Sportpolitikerin erklärte abschließend: „Wir hätten uns als SPD-Fraktion eine generelle Aussetzung der Preiserhöhung gut vorstellen können, aber wir setzen nun zumindest die Preiserhöhung für alle aus, die das Thema Schwimmenlernen betrifft – und wir tun dies, bis es ein Konzept für eine sozialere Staffelung der Eintrittspreise gibt. Für uns steht fest: Die Bremer Bäder sind und bleiben Teil der Daseinsvorsorge. Und für uns bleibt das Schwimmenlernen ein zentrales Thema und ein Herzensanliegen.“

> **Neue Preisstruktur bei den Bremer Bädern entwickeln, Preiserhöhungen für Kinder, Familien, „Sondertarife nur mit Ausweis“ und Schwimmkurse aussetzen**
http://tiny.cc/baeder_preise



Ingelore Rosenkötter

ANFRAGE **POTENZIALE FÜR GEWERBEFLÄCHEN IN BREMEN**



Das Angebot an Gewerbeflächen in Bremen war heute Thema in der Stadtbürgerschaft. Anlass dafür war unter anderem eine Große Anfrage, die die SPD-Fraktion zu diesem Thema eingereicht hatte. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dieter Reinken, bilanzierte: „Die Antwort des Senats bestätigt, dass hier Potenziale liegen, die gehoben werden können. Dies wollen wir gemeinsam tun – und wir erwarten, dass unter Einbeziehung dieser Erkenntnisse nun zügig gearbeitet wird.“

Reinken hob in der Debatte hervor, dass die zuständige Deputation im Juni das Verfahren zur Aufstellung des Gewerbeentwicklungsplans 2030 zur Kenntnis genommen habe. Es sei gut, dass sich in diesem Bereich in der Zwischenzeit weiter etwas bewegt habe, wie etwa die Entwicklung des Gebietes Achim-West als gemeinsames Projekt oder das gezielte In-Den-Blick-Nehmen der spezifischen Bedürfnisse von Handwerksbetrieben.



Dieter Reinken

Die Große Anfrage der SPD-Fraktion und die Antworten des Senats gäben nun Stoff für die weitere Debatte darüber, wo, an welchen Orten und mit welchen Perspektiven eine weitere Entwick-

lung stattfinden müsse, so der Sozialdemokrat weiter. Denn die Antworten hätten auch gezeigt, dass es sehr differenzierte Anforderungen gebe, denen man gerecht werden müsse.

So fühle die SPD-Fraktion sich beispielsweise bestätigt in ihrer Einschätzung zur weiteren Entwicklung des Bereichs in der Airport-Stadt, südlich des Flughafens. „Wenn wir die hohe Kompetenz, die wir im Bereich Luft- und Raumfahrt in Bremen besitzen, halten wollen, müssen wir hier weitere Schritte einleiten“, sagte Reinken.

Einem Modell der öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) bei der Erschließung von Gewerbeflächen, wie FDP und CDU es in einem ebenfalls debattierten Antrag beantragt haben, stand Reinken nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Er plädierte jedoch dafür, dies, wie von der Deputation empfohlen, auf einer Pilot-

fläche zu erproben und dies zudem im Einzelfall zu entscheiden. Insbesondere bei der Weiterentwicklung von Bestandsimmobilien könne dies für beide Seiten interessant sein.

Reinken zeigte sich aber überzeugt, dass dies nicht reichen wird. „Man sagt den Menschen nicht die Wahrheit, wenn man ihnen nicht sagt, dass neue Erschließungen nötig sind. Man muss ihnen sagen, wo wir welche Entwicklungsschritte gehen wollen, und mit ihnen darüber sprechen“, erklärte er abschließend und ergänzte: „Und sowohl für die Erschließung von Neuflächen als auch für die Erschließung von Bestandsimmobilien brauchen wir starke wirtschaftspolitische Instrumente.“

Große Anfrage: Gewerbeflächenangebot, Bestandspflege und urbane Gebiete weiterentwickeln! Antwort des Senats:
http://tiny.cc/gewerbeflaechen_hb